

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

III. Quartal 2016

Wirtschaftschronik. III. Quartal 2016

Die USA und China ratifizieren das UNO-Klimaschutzabkommen von Paris. Nach dem Votum für einen EU-Austritt in Großbritannien ("Brexit") sind die anderen 27 EU-Länder vom weiteren Erfolg der Union überzeugt und weisen in der "Bratislava Declaration" auf die Notwendigkeit der Union für Frieden, Demokratie und Sicherheit hin. Das Ausmaß der notleidenden Kredite, die europäische Banken (insbesondere in Italien) halten, wird als hoch eingeschätzt. Der Bankenstresstest weist für die zwei österreichischen Institute, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG und Erste Group Bank AG, unter den 51 geprüften Banken unterdurchschnittliche Ergebnisse aus. Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA), über das im österreichischen Parlament abgestimmt werden muss, wird von den Regierungspartnern sehr unterschiedlich eingeschätzt.

Calendar of Economic Events. Third Quarter 2016

The USA and China ratified the Paris Agreement on Climate Change. After the UK's vote to leave the EU ("Brexit") the remaining 27 EU member countries, convinced that the EU will continue on its successful path, stressed in their Bratislava Declaration that the EU was needed for peace, democracy and security. The volume of distressed loans held by European banks (especially in Italy) was judged to be large. The bank stress test arrived at below-average findings for the two Austrian banks (Raiffeisen Zentralbank Österreich AG and Erste Group Bank AG) included in the 51 tested banks. The free-trade agreement between the EU and Canada (CETA), which needs to be passed by the Austrian Parliament, was appraised quite differently by the two parties that make up the Austrian coalition government.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Angelina.Keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 30. September 2016.

Begutachtung: Christian Glocker

1. Ausland

1. Juli: Als Reaktion auf das Votum für einen EU-Austritt in Großbritannien ("Brexit") stuft Standard & Poor's die Bonität langfristiger Verbindlichkeiten der EU um eine Stufe auf "AA" zurück, weil die Budgetverhandlungen der verbleibenden 27 EU-Länder dadurch erschwert würden.

Die EU verlängert die Wirtschaftssanktionen¹⁾ gegen Russland um sechs Monate.

5. Juli: Die Europäische Kommission legt dem Ministerrat die ausverhandelte Fassung des Freihandelsabkommens mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement – CETA) vor und entscheidet, dass dieser Vertrag als gemischtes Abkommen auch den nationalen Parlamenten zur Abstimmung vorgelegt werden soll.

7. Juli: Die Europäische Kommission stellt fest, dass Portugal und Spanien zu wenig Anstrengungen zum Abbau des staatlichen Defizits unternehmen und keine wirksamen Maßnahmen zur Einhaltung der Vorgaben ergriffen haben. Laut Stabilitätspakt könnten Geldbußen von 0,2% des BIP eingefordert und Finanzierungszusagen aus

EU: Ratings

EU: Wirtschaftssanktionen
Russland

EU: CETA

EU: Defizitverfahren Spanien,
Portugal

¹⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2014", WIFO-Monatsberichte, 2014, 87(10), S. 688, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/47509>.

den Kohäsionsgeldern teilweise ausgesetzt werden (Budgetdefizit 2015 Portugal 4,4% des BIP, Spanien 5,1% des BIP).

EU: Defizit Frankreich

Der französische Finanzminister Eckert strebt das von der Europäischen Kommission gesetzte Ziel von Einsparungen in den öffentlichen Haushalten von 50 Mrd. € zwischen 2015 und 2017 nicht mehr an, die seit Jahresbeginn angekündigten Mehrausgaben von 6,8 Mrd. € werden nur teilweise gegenfinanziert. Dennoch soll das Defizitziel für 2017 von 2,7% des BIP eingehalten werden.

EU: Defizitverfahren Spanien, Portugal

12. Juli: Der Ecofin-Rat bestätigt die von der Europäischen Kommission beanstandete Verfehlung des Defizitziels durch Portugal und Spanien. Die Europäische Kommission ist nun verpflichtet, über Sanktionen zu entscheiden.

Italien: Bankensektor

Im Zuge der Konsultation Italiens fordert der IWF eine Bereinigung und Redimensionierung des Bankensektors.

Türkei: Putsch

21. Juli: Als Reaktion auf den gescheiterten Putschversuch in der Vorwoche senkt die türkische Zentralbank den oberen Wert des Zinskorridors für Taggeld von 9% auf 8,75%; der untere Wert bleibt bei 7,25%. Die Zentralbank bekräftigt, alles Nötige zu tun, um die Finanzstabilität zu gewährleisten und den Geschäftsbanken unbegrenzt Liquidität zur Verfügung zu stellen. Die türkische Wirtschaft ist in hohem Maße von ausländischem Kapital abhängig. Die Inflationsrate liegt mit 7,6% über dem Zielwert von 5%.

EU: Bankensektor

Der Präsident des Rates der Europäischen Zentralbank weist auf den großen Umfang notleidender Kredite der Banken in der EU hin (insbesondere in Italien: 360 Mrd. €). Er fordert einen Markt für diese Papiere, um Notverkäufe zu verhindern. Der Verfall der Aktienkurse der Banken senkt die Kreditwürdigkeit der Institute und erhöht die Kapitalkosten von Banken; dies könnte die Transmission der Geldpolitik stören. Das Anleihenkaufprogramm von 80 Mrd. € pro Monat bis Ende März 2017 wird weiterhin durchgeführt.

G 20

23.-24. Juli: Anlässlich des G-20-Treffens in Chengdu (China) fordern die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G 20 Reformen auf den Arbeits- und Produktmärkten. Eine Vereinfachung der Steuersysteme und Erhöhung ihrer Transparenz könnte über niedrigere Steuersätze die Investitionsanreize erhöhen. Ein wiederholter Vorstoß des deutschen Finanzministers zur weltweiten Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist Angesichts der Ablehnung durch Finanzplätze wie Singapur und London als unrealistisch einzustufen. Die künftige Besteuerung digitaler Dienste wird im Zusammenhang mit dem Thema "Base Erosion and Profit Shifting" (BEPS) diskutiert, weil die Gefahr von Steuervermeidung besteht.

EU: Defizitverfahren Spanien, Portugal

28. Juli: Die Europäische Kommission verzichtet auf Sanktionen gegen Spanien und Portugal wegen deren Verfehlung des Defizitzieles.

Japan: Geldpolitik

29. Juli: Die Bank of Japan beschließt eine weitere Lockerung der Geldpolitik und wird u. a. mehr börsengehandelte Fondspapiere ankaufen. Gleichzeitig kündigt die japanische Regierung ein Konjunkturprogramm im Umfang von 28 Bio. Yen (245 Mrd. €) an: Über Investitionen in die Infrastruktur und Sozialleistungen soll die Wirtschaftsleistung um 1,3% gesteigert werden.

EU: Bankenstresstest

Der Stresstest der European Banking Authority (EBA), der in Kooperation mit nationalen Aufsichtsbehörden, der EZB, dem European Systemic Risk Board (ESRB) und der Europäischen Kommission die Widerstandskraft der 51 systemrelevanten Banken in der EU und in Norwegen gegenüber ökonomischen Schocks testet, ergibt mit Ende 2015 eine durchschnittliche Kernkapitalquote (CET1) von insgesamt 13,2% und von 13% für die 27 Institute im Euro-Raum (2014: 11,2% bzw. 9,2%). Nach Anwendung des Stresstests liegt die Kernkapitalquote 2018 bei durchschnittlich 9,4% bzw. 9,1%. Dieser Rückgang erklärt sich zu einem erheblichen Teil aus den Auswirkungen des Kreditrisikos. Am schlechtesten schneiden die italienische Banca Monte dei Paschi di Siena (Kernkapitalquote -2,2 Prozentpunkte) und die österreichische Raiffeisen Zentralbank Österreich AG ab (Kernkapitalquote 2018: 6,1%). Für die Banca Monte dei Paschi di Siena stimmt der Verwaltungsrat einem Rettungsplan zu.

8. August: Der Europäische Rat wird gegen Portugal und Spanien keine Geldbußen wegen übermäßigen Defizits verhängen und setzt neue Fristen. So muss Portugal 2016 das gesamtstaatliche Defizit auf 2,5% des BIP senken und Konsolidierungsmaßnahmen im Umfang von 0,25% des BIP umsetzen. Spanien muss das gesamtstaatliche Defizit 2016 auf 4,6% des BIP, 2017 auf 3,1% des BIP und 2018 auf 2,2% des BIP verringern und zusätzlich zu den bereits vorgesehenen Einsparungen 2017 und 2018 jeweils Konsolidierungsmaßnahmen im Umfang von 0,5% des BIP umsetzen.

EU: Defizitverfahren Spanien, Portugal

30. August: Die Europäische Wettbewerbsbehörde sieht die Steuerprivilegien, die Irland dem Konzern Apple (USA) von 2003 bis 2014 gewährt hat, als rechtswidrige Beihilfe an. Irland muss Steuern von bis zu 13 Mrd. € nachfordern. Das irländische Parlament sieht in den Steuerrulings (Steuervorabbescheide für Unternehmen) eine rechtmäßige Steuerbegünstigung, will keine Nachzahlung fordern und stimmt über eine Berufung ab.

EU-Wettbewerbsbehörde: Irland

1. September: Die Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF) Christine Lagarde warnt vor einer Niedrigwachstumsfalle, da die Weltwirtschaft in den vergangenen fünf Jahren schwächer als im langjährigen Durchschnitt gewachsen sei. Durch Lockerung der Geldpolitik, Steigerung der Staatsausgaben und Umsetzung von Strukturreformen könne gegengesteuert werden. Der internationale Handel sei ein wichtiger Wachstumsfaktor, weil er die Nutzung komparativer Vorteile ermögliche und eine Produktivitätsverbesserung unterstütze; er solle nicht für wirtschaftliche und soziale Übel verantwortlich gemacht werden. Das Importwachstum verflachte in den letzten Jahren. Dazu trug u. a. die Verlangsamung der Handelsliberalisierung und des Abbaues protektionistischer Maßnahmen bei. Die Welthandelsorganisation WTO sei ein ideales Forum für eine wachstumsorientierte Handelspolitik.

IWF: Wachstum

3. September: China und die USA ratifizieren das Pariser Klimaabkommen. Das Abkommen, das nun von 180 Ländern unterzeichnet ist, tritt in Kraft, wenn mindestens 55 Länder, die 55% der weltweiten Treibhausgasemissionen verursachen, beigetreten sind²⁾.

China, USA: Klima-abkommen

4.-5. September: Die G 20 bekräftigen anlässlich ihres Treffens die Grundlinien der wirtschaftspolitischen Ausrichtung, basierend auf der Vision einer neuen Wachstumsagenda, der Integration innovativer Wachstumskonzepte, der Öffnung der Weltmärkte und Ablehnung von Protektionismus sowie der Inklusion aller Länder und aller Menschen in den Wachstumsprozess.

G 20: Wachstum

9. September: In den USA verpflichtet sich die Bank Wells Fargo, 185 Mio. \$ Strafe an mehrere Aufsichtsbehörden zu zahlen. Seit 2011 eröffneten mehrere Angestellte rund 2 Mio. fiktive, gebührenpflichtige Konten und Kreditkarten.

Wells Fargo: Strafzahlungen

14. September: Durch die Übernahme des Saatgutkonzerns Monsanto (USA) um 66 Mrd. \$ wird der Chemiekonzern Bayer (Deutschland) zum weltweit größten Anbieter von Saatgut und Pflanzenschutzmitteln.

Bayer, Monsanto: Fusion

Der Präsident der Europäischen Kommission Juncker strebt eine Verlängerung und Ausweitung des Fonds für strategische Investitionen (EFSI) an. Das bis 2018 laufende Programm, das 315 Mrd. € an Investitionen generieren soll, könnte bis 2020 verlängert werden und damit insgesamt Investitionen von 500 Mrd. € schaffen. Ein ähnlicher Fonds – European External Investment Plan – wird für europäische Nachbarländer und Afrika angedacht. Er könnte mit 3,35 Mrd. € aus dem EU-Haushalt in diesen Regionen ein Investitionsvolumen von 44 Mrd. € schaffen. Unter finanzieller Mithilfe der EU-Länder könnte er auf 88 Mrd. € aufgestockt werden.

EU: Investitionen

16. September: Der Europäische Rat tagt nach dem "Brexit"-Votum und den Unstimmigkeiten über die Migrationspolitik in Bratislava. In der "Bratislava Declaration" bekräftigen die Mitgliedsländer, die Europäische Union zu einem Erfolgsmodell zu machen. Die Union sei nicht perfekt, aber das beste Instrument, um den künftigen Herausforderungen zu begegnen. Die Gemeinschaft ist notwendig, um Frieden,

EU: Bratislava Declaration

²⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2015", WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(1), S. 34, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58647>.

Demokratie und Sicherheit zu gewährleisten. In einer Erklärung zu "Migration und Außengrenzen" setzen die Länder das Ziel, unkontrollierte Einwanderungsströme wie 2015 für die Zukunft vollkommen auszuschließen, die volle Kontrolle der Außengrenzen und eine Rückkehr zum Abkommen von Schengen sicherzustellen sowie eine langfristige Migrationspolitik nach den Prinzipien der Verantwortung und Solidarität zu verfolgen. Die Deklaration definiert das Ziel einer Wahrung der internen und externen Sicherheit. Schließlich fordert die Deklaration ökonomische Zukunftsperspektiven für alle mit besseren Möglichkeiten für die Jugend. Diesen Zielen folgen die Definition konkreter Maßnahmen und ein Zeitplan für ihre Umsetzung.

Japan: Geldpolitik

21. September: Die japanische Notenbank will die Negativzinspolitik beenden und künftig sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Zinssätze steuern. Die konkreten Zielvorgaben für den Ankauf von Staatsanleihen werden aufgegeben. Trotz expansiver Geldpolitik blieb die Inflationsrate in den letzten zwei Jahren unter der Zielmarke von 2%, die Verbraucherpreise sanken in den letzten sechs Monaten (August -0,5%).

Yahoo

23. September: Der Internet-Anbieter Yahoo bestätigt, dass 2014 bei einem Hackerangriff 500 Mio. Nutzerdatensätze gestohlen wurden.

2. Österreich

Unternehmensgründungen

5. Juli: Die Bundesregierung stellt ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung von Unternehmensgründungen in Technologiebranchen vor, um den Standort Österreich für die Gründerszene attraktiver zu machen. Bis 2020 sollen durch die Neugründung von 1.000 Unternehmen 10.000 bis 15.000 Arbeitsplätze entstehen. Über drei Jahre werden 185 Mio. € an Fördergeldern und Abgabenerleichterungen sowie zusätzliche Garantien im Ausmaß von 100 Mio. € bereitgestellt. Ein wesentlicher Teil der Förderungen entsteht durch den vollständigen (erste drei Jahre) bzw. teilweisen Entfall der Lohnnebenkosten für die ersten drei unselbständig Beschäftigten. Die Bundesregierung rechnet mit einer Budgetbelastung von 100 Mio. € jährlich.

Stabilitätsabgabe

12. Juli: Der Ministerrat beschließt eine Senkung der Stabilitätsabgabe (Bankenabgabe) von derzeit jährlich rund 640 Mio. € auf 100 Mio. € p. a. ab 2017. Teil des Reformpaketes ist eine Abschlagszahlung aller Banken von 1 Mrd. € als Einmalzahlung oder auf vier Jahre verteilt, deren Ertrag zweckgebunden für Bildungs- und Forschungsausgaben verwendet werden soll. Die Banken müssen seit 2015 jährliche Zahlungen für den Einheitlichen Abwicklungsfonds (198 Mio. €) und für den Sektoralen Sicherungsfonds (150 Mio. €) leisten.

Bankenstresstest

29. Juli: Der Bankenstresstest der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) weist unter den Annahmen der Simulation für die zwei bedeutendsten grenzüberschreitend tätigen Banken Österreichs, die Erste Group Bank AG und die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, eine Kernkapitalausstattung über der Benchmark³⁾ von 5,5% der risikogewichteten Aktiva aus. Die Erste Group Bank AG verfügt über ein hartes Kernkapital von 8,2%, die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG von 6,1%. Als drittgrößtes österreichisches Kreditinstitut wurde die UniCredit Bank Austria AG über das italienische Mutterinstitut UniCredit erfasst; sie weist ein Kernkapital von 7,1% aus. Unter den Annahmen des Stresstests – Einbruch des Wirtschaftswachstums, Abwertung und besonders negative Entwicklung der Volkswirtschaften in Mittel-, Ost- und Südosteuropa – sinkt die Kernkapitalquote der europäischen Banken im Durchschnitt auf 9,2%.

CETA

31. August: Bundeskanzler Kern kritisiert das von der Europäischen Kommission mit Kanada ausverhandelte unterschrittsreife Freihandelsabkommen CETA sowie das Freihandelsabkommen TTIP, das derzeit zwischen der EU und den USA verhandelt wird: Diese Abkommen würden "eine massive Machtverschiebung zugunsten global

³⁾ Diese Benchmark wurde von der EZB-Aufsicht im Rahmen des Comprehensive Assessment 2014 vorgegeben.

agierender Konzerne und zulasten der demokratischen Mitbestimmung" bringen. Die SPÖ befragt die Internet-Community zu diesem Thema.

6. September: Der Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds (KAF) legt ein Angebot zum Rückkauf bestimmter HETA-Schuldtitel vor. Die Annahmefrist läuft bis 7. Oktober 2016⁴⁾.

11. September: Bundeskanzler Kern fordert in einem Artikel der FAZ ein EU-Investitionsprogramm. Der Investitionsplan der Europäischen Kommission im Ausmaß von 315 Mrd. € sei zu gering, selbst eine Verdoppelung reiche nicht aus. Durch die Sparpolitik der letzten Jahre habe der Glaube an das Wohlstandsversprechen des europäischen Integrationsprozesses gelitten.

22. September: Die budgetäre Notifikation an die Europäische Kommission, berechnet gemäß dem "Manual on Government Debt 2016", weist für 2015 eine Erhöhung des Schuldenstandes des Gesamtstaates auf 291 Mrd. € bzw. 85,5% des BIP (2014: 278,9 Mrd. € bzw. 84,4% des BIP) und einen Rückgang des Defizits auf 3,5 Mrd. € bzw. 1% des BIP aus (2014: 9,1 Mrd. € bzw. 2,7% des BIP). Ohne den Sondereffekt des Bankenpaketes hätten der Schuldenstand 77,4% des BIP (2014: 78,3% des BIP) und das Defizit 0,4% des BIP (2014: 1,1% des BIP) betragen.

HETA-Rückkauf

EU-Investitionsprogramm

Budgetäre Notifikation

⁴⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2016", WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(7), S. 487, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58907>.